

Warum sollten Lieferkettengesetze armen Ländern schaden?

Nach zwei Jahren zähen Verhandlungen hatte sich im Dezember vergangenen Jahres der Trilog von Europäischer Kommission, EU-Parlament und Ministerrat auf einen Kompromiss für das EU-Lieferkettengesetz geeinigt. Die Erleichterung war groß, denn mit Abschluss der Verhandlung ist die finale Zustimmung von Parlament und Rat in der Regel reine Formsache. **Nun beschloss das Präsidium der FDP am vergangenen Montag, einen Stopp dieses Vorhabens zu fordern.** Neben anderen Bedenken wird immer wieder (siehe im Wirtschaftsteil der SZ von heute) das von Frau Dr. Niebler (MdEP, CSU) in Ihrem Brief vom 24.5.2023 an Campo Limpo e.V. vorgebrachte Argument wiederholt:

„Europäische Unternehmen könnten veranlasst werden, sich aus Entwicklungsländern zurückzuziehen, weil diese mit den gesetzlichen Auflagen überfordert sind oder die Risiken als zu hoch einschätzen. Solch ein Rückzug hätte möglicherweise zur Folge, dass Unternehmen aus anderen Ländern mit geringeren Standards - beispielsweise China - ihre Tätigkeiten in diesen Ländern ausweiten, womit den Einwohnern und der Umwelt vor Ort nicht geholfen wäre.“

Ein Beitrag in der SZ vom 16./17.12.2023 trug gar den Titel **„Gut gemeint. Aber nicht gut gemacht. Denn der neue Rechtsakt wird armen Länder schaden“**

Mit einem **Leserbrief**, der nicht veröffentlicht wurde, hatte ich dagegen argumentiert:

Die EU-Staaten werden weiterhin auf die sichere Einfuhr von Rohstoffen und vielfältigen anderen Gütern angewiesen sein. Müssten dann nicht die Importeure aus eigenem Interesse danach trachten, **die Arbeitsbedingungen und den Schutz der Umwelt zu verbessern?** Das mag Investitionen kosten und höhere Einkaufspreise nach sich ziehen. Bestenfalls steigert es zudem die Wertschöpfung und die Handelsbeziehungen vertiefen sich. Mit existenzsichernden Löhnen wird niemand Fluchtgedanken hegen. Es wäre kurzsichtig, sich bei festgestellten Mängeln einfach zurück zu ziehen und anderen die Zerstörung der Umwelt und die Verletzung der Menschenrechte zu überlassen. Erfolgt dann die Beschaffung mit entsprechendem Preisaufschlag in China? **Der Wohlstand in der EU darf nicht von der Ausbeutung ärmerer Länder abhängen!**

Dr. Walter Ulbrich, Puchheim